

Wirtschaft gegen AfD: SPD-Kandidat Maier warnt vor Risiken für Thüringen

Thüringens Innenminister Maier kritisiert die wirtschaftliche Unterstützung der AfD und warnt vor Nachteilen für den Standort Thüringen.

Erfurt. Die politischen Strömungen in Thüringen werfen ein Schlaglicht auf die Herausforderungen, mit denen die Wirtschaft in der Region konfrontiert ist. Insbesondere die wachsende Unterstützung der AfD, die laut Umfragen in der Wählergunst vorn liegt, sorgt für besorgte Stimmen innerhalb der Wirtschaft.

Soziale und wirtschaftliche Risiken durch die AfD

Georg Maier, der Spitzenkandidat der SPD für die kommende Landtagswahl in Thüringen, äußert große Bedenken in Bezug auf die Haltung von Teilen der Wirtschaft zur AfD. In einem Gespräch mit dem „Handelsblatt“ erklärte er, dass einige Wirtschaftsvertreter „schockiert“ seien über das geringe Maß an Widerstand gegen das Erstarken der rechtsextremen Partei. Diese Entwicklung wird als gefährlich für die wirtschaftliche Stabilität der Region angesehen.

Unterstützung der AfD: Ein Problem für Thüringen

Maier machte deutlich, dass trotz der Existenz breiter Bündnisse gegen Ausgrenzung, einige Wirtschaftsbereiche die AfD nach wie vor finanziell unterstützen. „Die Partei müsste ein

ordentliches Spendenaufkommen haben,“ erklärte er. Solche finanziellen Rückflüsse könnten nicht nur das politische Klima in Thüringen vergiften, sondern auch zu einem Standortnachteil führen.

Die wirtschaftliche Zusatzlast durch Vorurteile

Der Innenminister betont, dass die Positionen der AfD, insbesondere ihre Pläne für einen Euro-Austritt, als „pures Gift für die Wirtschaft“ einzustufen sind. Diese extremistischen Ansichten könnten nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung bremsen, sondern auch Ausländer und Fachkräfte abschrecken. Ein Vorstandsmitglied eines prägnanten Unternehmens in Thüringen berichtete, dass potenzielle Mitarbeitende mit Migrationshintergrund das Jobangebot in der Region abgelehnt hätten, nachdem sie von der politischen Situation erfuhren.

Plädoyer für eine starke Bundesregierung

Maier appelliert an die Bundesregierung, die Belange Ostdeutschlands stärker in den Fokus zu rücken. Er weist auf die anhaltende Kluft zwischen Ost und West hin und fordert mehr Maßnahmen zur Schließung dieser sozialen Schere. „In den letzten 16 Jahren unter Merkels Führung hat sich kaum etwas verbessert,“ kritisierte er und fordert eine aktive Rolle der SPD und des Kanzlers.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die Unterstützung der AfD in Teilen der Wirtschaft nicht nur politische, sondern auch erhebliche soziale und wirtschaftliche Risiken birgt. Dies könnte eine kehrende Wirkung auf die gesamte Region Thüringen haben und schürt Ängste vor einer weiteren Spaltung in der Gesellschaft.

dpa

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de